

Ortlieb, Heinz-Dietrich

Article — Digitized Version

Das Unbehagen der Gewerkschaften in unserer Demokratie

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ortlieb, Heinz-Dietrich (1956) : Das Unbehagen der Gewerkschaften in unserer Demokratie, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 36, Iss. 2, pp. 72-75

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132227>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Das Unbehagen der Gewerkschaften in unserer Demokratie

Die Anzahl der gewerkschaftlich Organisierten in der Bundesrepublik hat sich in den letzten Jahren kaum verändert. In der gleichen Zeit ist die Beschäftigtenzahl erheblich angewachsen. Man kann also von einem relativen Rückgang der organisierten Arbeiterschaft sprechen.

Diese Entwicklung ist vermutlich von manchen Unternehmern aus der oberflächlichen Überlegung heraus begrüßt worden, daß jede Schwächung der Gewerkschaften eine Stärkung ihrer eigenen Position zur Folge haben müsse. Aus dieser Schlußfolgerung entspringt die Neigung mancher Unternehmensleitungen, die Kontakte zwischen ihrer Arbeitnehmerschaft und ihrem Betriebsrat einerseits und den Gewerkschaften andererseits zu schwächen und die „Institutionalisierung betriebsfremder Einflüsse“ zu bekämpfen.

Ein derartiges Verhalten verrät sicherlich keine Weitsicht. Wilde Streiks und gelegentliche kommunistische Erfolge bei Betriebsratswahlen haben im vergangenen Jahr gezeigt, daß es Gefahren gibt, die nicht nur die Unternehmerschaft, sondern unser demokratisches Gemeinwesen schlechthin bedrohen. Diese können aber nachhaltig nur abgewendet werden, wenn es gelingt, das Ansehen der Gewerkschaften zu stärken und ihren Einfluß auf die Arbeitnehmerschaft zu erhöhen.

Bollwerk gegen den Kommunismus

Die Gewerkschaften haben sich seit 1945 des öfteren als das einzige zuverlässige Bollwerk unserer Demokratie gegen alle totalitären Tendenzen bezeichnet. Wenn auch die Ausschließlichkeit, mit der diese Behauptung vorgetragen wurde, nicht überzeugender war als die nicht selten zu hörende Ansicht ihrer Sozialpartner, der Wirtschaftserfolg des letzten Jahrzehnts sei alleiniges Verdienst der Unternehmerschaft, so besteht doch kein Zweifel, daß sich die Gewerkschaften von einer kommunistischen Infiltration freihalten konnten. Natürlich ist nicht zu verhindern, daß sich Kommunisten gewerkschaftlich organisieren, gelegentlich auch Delegierte zu Verbandstagen und Kongressen stellen und Funktionärsposten besetzen. Solche Erscheinungen hatten jedoch nur lokale Bedeutung und konnten keinen Einfluß auf die gewerkschaftliche Führung nehmen. Die kürzlich getroffenen antikommunistischen Maßnahmen des Vorstandes der IG Bau, Steine, Erden haben dies bestätigt.

Die gegenwärtig erhöhte kommunistische Aktivität richtet ihren Angriff daher nicht direkt gegen die gewerkschaftlichen Organisationen. Sie setzt den Angriff am schwächsten Punkt an: bei den Massen der politisch uninteressierten und uninformierten Arbeitnehmer in den Betrieben, wo das Ansehen der Gewerkschaften teils durch jahrelange antigewerkschaftliche Beeinflussung, teils durch Unzulänglichkeiten derjenigen, die bei den Arbeitnehmern als Exponenten der Gewerkschaften gelten, nicht groß genug ist, um den kommunistischen Infiltrationsversuchen erfolgreich entgegenzutreten zu können.

Wenn sich der Angriff zur Zeit auch auf die Betriebe richtet, so sollte von Anfang an Klarheit darüber herrschen, daß sein mittelbares Ziel doch die gewerk-

schaftlichen Organisationen selbst sind. Die gut getarnte kommunistische Propaganda versucht nach altbewährtem Muster mit ihrer Kritik bei berechtigten konkreten Anlässen anzusetzen, diese kritisierten Fälle zu verallgemeinern und als typisch für die „kapitalistischen“ Verhältnisse in der Bundesrepublik hinzustellen. Sollte diese Methode dazu führen, daß die Vertreter unserer Gewerkschaften ihrer kommunistischen Konkurrenz in der sachlich berechtigten Kritik zuvorkommen, so ist alles in Ordnung. Aber wehe, wenn man diese kommunistische Propaganda in ihren demagogischen Verallgemeinerungen, diffamierenden Verdächtigungen und unverantwortlichen Versprechungen nachzuaahmen versucht, wenn man jenen antikapitalistischen Jargon strapaziert, in den auch heute noch manch gut demokratischer Gewerkschafter verfällt, bloß weil ihm kein zugkräftigeres Vokabular einfällt! Dann tut man genau das, was die kommunistischen Aktionen bezwecken. Denn in dieser Sprache wird der dialektisch geschulte Kommunist immer überlegen sein. In einer Gewerkschaftsbewegung, die sich zur Verteidigung gegen den Kommunismus in ihren Programmen und Aktionen radikalisiert, würde man sehr bald den demokratischen Gewerkschafter nicht mehr vom kommunistischen unterscheiden können. Auf die Dauer werden Geist und Haltung der Menschen von der Sprache infiziert, die sie sprechen.

Natürlich ist es in der Praxis viel schwieriger, berechnete Kritik von voreiliger Verdächtigung richtig zu unterscheiden, als es in der Theorie aussieht. Dazu gehören Sachkenntnis und menschliche Überlegenheit. Manch leichtfertiger Vorstoß ins Ungewisse mag zuweilen im politischen Kampf Mißstände in unserer so schwer durchschaubaren sozialen und ökonomischen Welt aufdecken, die ihn nachträglich rechtfertigen. So hat es der Kommunist, dem es nicht um Aufdeckung von Mißständen, sondern um Vergiftung der Atmosphäre geht, leichter als ein demokratischer Gewerkschafter. Auf der anderen Seite hat dieser den Vorteil für sich, daß die Masse der Arbeitnehmerschaft — Ausnahmen bestätigen vorläufig noch die Regel — ausgesprochen klassenkämpferischen Tiraden wenig zugänglich ist.

Gewerkschaftsaufgabe verlangt Verständnis

Worauf es für die Gewerkschaften ankommt, ist Kontakt und Vertrauen zu gewinnen. Die jüngsten kommunistischen Erfolge in den Betrieben, die sicherlich nicht überschätzt werden dürfen, aber doch zu steter Wachsamkeit mahnen sollten, scheinen wenigstens teilweise darauf zurückzuführen sein, daß dies den Kommunisten besser gelang als den Gewerkschaftsvertretern. Diesen Mißerfolg wettzumachen, kann aber nicht allein die Aufgabe des gewerkschaftlichen Einzelkämpfers an der betrieblichen Front sein. Dazu ist ebenso erforderlich, daß alles geschieht, was das öffentliche Ansehen unserer Gewerkschaften erhöht. Das ist in erster Linie Sache der Gewerkschaftsführung. Aber es ist eine so schwierige Aufgabe, daß sie nur gelingen kann, wenn die Gewerkschaften in ihren Bemühungen mit größerem Verständnis von der Öffentlichkeit und vor allem von ihrem Sozialpartner

unterstützt werden, als es bisher geschehen ist. Die Gewerkschaften werden in ihrer Leistungsfähigkeit überfordert, wenn sie wie bisher ihre Energien zur Überwindung von alltäglichen Widerständen verbrauchen. Gefährlich sind besonders jene Reibungen, die auf Mangel an Verständnis und Verständigungsbereitschaft zurückzuführen sind. Vor allem sollte man sich eins klar machen: daß Verständnislosigkeit für den anderen zu dessen Radikalisierung führt und unvermeidlicherweise auf beide Sozialpartner zurückschlägt und daß unsere Demokratie keinen Bestand haben kann, wenn wir nicht begreifen, daß wir trotz aller Interessengegensätze in einem Boot sitzen.

Das Unbehagen der Gewerkschaften

Wichtig ist zunächst, Verständnis aufzubringen für das, was man vielleicht als das „Unbehagen der Gewerkschaften in unserer Demokratie“ bezeichnen könnte. Wenn man von unseren Gewerkschaften erwartet, daß sie sich von diesem Unbehagen allmählich freimachen, um ihre Aufgaben in unserer Demokratie überhaupt erfüllen zu können, so muß man sie aus ihrer Situation verstehen lernen. Man hat nur dann ein Recht, die Haltung des Partners (oder Gegners) zu kritisieren und ihre Wandlung zu erwarten, wenn man sie wirklich verstehen gelernt und auch begriffen hat, inwiefern man selbst Ursache dieser Haltung ist. Was nützt ein Bekenntnis zu unserer Demokratie, wenn man in ihrer Wirklichkeit nur Unbehagen fühlt und sie daher im Grunde gar nicht recht für verteidigungswert hält? Wie sollten die Gewerkschaften gegen den Kommunismus bestehen können, wie sollten sie sonst zu einem Bestandteil unserer politischen Ordnung werden, der diese Ordnung sozial stabilisieren hilft, und wie sollten sie sonst in der Lage sein, mit einer fruchtbaren positiven Kritik an den Unzulänglichkeiten unserer wirtschaftlichen Verhältnisse einen brauchbaren Beitrag zu ihrer freiheitlichen Umgestaltung zu liefern?

Viele Gewerkschafter können keine positive Einstellung zu unserer demokratischen Wirklichkeit gewinnen, die in ihren Augen nur eine formal-liberale, bürgerliche Demokratie ist, Ausgangspunkt und Grundlage eines allumfassenden kapitalistischen Restaurationsprozesses und daher nach ihrer Meinung den Massen das eigentliche schuldig bleibt: Sicherheit, gerechte Einkommensverteilung und freiheitliche Mitbestimmung bei der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse. Da aber die meisten der Gewerkschafter mit keiner plausibleren Theorie eindringlich genug bekanntgemacht worden sind, die ihnen die soziale Wirklichkeit zu erklären vermag, muß vielen der Rückgriff auf marxistische Analysen und Konstruktionen als der einzige Weg erscheinen, mit der Wirklichkeit fertig zu werden. Aber sie wollen daraus keineswegs totalitäre kommunistische Konsequenzen ziehen. Allzu deutlich zeigt ihnen der Bolschewismus, was daraus werden könnte.

Diese halbe Entschiedenheit in der geistigen Konzeption, dieses durch den geheimen Zweifel an der demokratischen Grundordnung genährte Unbehagen hat einen „Fall Agartz“ überhaupt nur ermöglicht. Soweit der Fall Agartz nur Symptom dieser geistigen Indifferenz war, dürfte er uninteressant sein; er hat aber dadurch, daß die Agartz'schen Theorien mangels einer eigenen Konzeption mit der gewerkschaftlichen Ideologie schlechthin identifiziert wurden, eine Bedeutung erlangt, die seine Behandlung im Rahmen einer Studie über den geistigen Standpunkt der Gewerkschaften erzwingt.

Der Fall Agartz

Erstaunlich hieran ist, daß ein sowohl als Mensch wie als Wissenschaftler gleich wenig überzeugender Mann in die Rolle des Theoretikers der deutschen Gewerkschaften gelangen konnte. Zu dieser Rolle haben ihm in erster Linie seine Gegner im unternehmerischen Lager verholfen. In fachwissenschaftlichen Kreisen hat Agartz niemals wirkliche Anerkennung gefunden. Dagegen hat ihn die Wirtschaftspresse bei aller Schärfe der Kritik gerade als Wissenschaftler stets mit einer respektvollen Aufmerksamkeit behandelt, die das ihm im gewerkschaftlichen Lager selbst entgegengebrachte Interesse zunächst bei weitem übertraf. Jedenfalls trugen die Sozialpartner und ihre Presse durch fehlendes Verständnis für die innergewerkschaftliche Lage und Stimmung einen guten Teil dazu bei, daß Agartz an Ansehen und Einfluß gewann. Das in Gewerkschaftskreisen stark entwickelte Solidaritätsgefühl tat ein übriges: Selbst Gewerkschaftler, denen der intellektuelle Theoretiker wenig lag, stellten sich hinter ihn.

Sein Beitrag zu gewerkschaftsinternen Diskussionen bestand aus monologhaften Referaten. Fast nie gelang ihm die Teilnahme an lebhafter Aussprache. Selbst im Kreise seiner ideologischen Anhänger, wo Agartz gelegentlich vielleicht so etwas wie menschlichen Kontakt suchte, hat er kaum dauerhafte Verbindungen herstellen können. Wenn man — wozu der orthodoxe Ideologe neigt — Meinungsverschiedenheiten über soziale und politische Probleme mit persönlich-menschlicher Feindschaft gleichsetzt, stößt man auch diejenigen Anhänger vor den Kopf, die echte geistige Auseinandersetzung suchen. Seine Neigung zu Mißtrauen stand in Wechselwirkung mit einer tragisch anmutenden menschlichen Vereinsamung.

Aber gerade dieses Mißtrauen war es, was ihm im gewerkschaftlichen Lager Ansehen als Theoretiker verschaffte, denn es floß in seine ökonomischen und soziologischen Analysen ein und ließ ihn Bilder von unserer wirtschaftlichen und sozialen Gegenwart entwerfen, die nur allzu gut jener unbehaglichen Grundstimmung vieler Gewerkschafter — nicht nur der sozialistischen — entsprachen. Nichts war hierfür bezeichnender als der Applaus, den die Programmrede von Agartz auf dem Bundeskongreß des DGB 1954 in Frankfurt auch bei den meisten christlichen Delegierten fand, in der er nur wenig modernisiert marxistische Gedanken von der kapitalistischen Wirtschaft und der bürgerlichen Zweiklassengesellschaft wieder aufnahm, ohne mit gleicher Deutlichkeit die ordnungspolitischen Konsequenzen aus der eigenen Kritik am Kapitalismus zu ziehen, die ihn in die nächste Nähe wenn nicht kommunistischer, so doch titoistischer Ordnungsbilder gebracht hätten.¹⁾

Früher oder später hätte sich der Deutsche Gewerkschaftsbund von dem ehemaligen Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts aus gewerkschaftspolitischen Rücksichten einfach deswegen trennen müssen, um den Verdacht in der Öffentlichkeit zu vermeiden, kommunistischen Ideen gegenüber anfällig zu sein. Zu einem Zeitpunkt, da der Kommunismus planmäßig den Versuch unternimmt, das gewerkschaftliche Bollwerk unserer Demokratie zu stürmen, hätte Agartz als Exponent der Gewerkschaften untragbar sein müssen. Daß er durch sein persönliches Verhalten die rechtzeitige Trennung erzwungen hat, dafür kann ihm der DGB dankbar sein. Durch diese

¹⁾ Während die totalitären Folgerungen aus der antikapitalistischen Kritik bei Agartz durch vage und unklare Formulierungen verschleiert waren, sind die Äußerungen seiner engsten Mitarbeiter — von Agartz selbst als unbedingt zuverlässig erklärt — viel unvorsichtiger und eindeutiger gewesen.

Trennung kommt der Gewerkschaftsbund aber nicht um die Entscheidung herum, welche ideologische Konzeption künftig für die Gewerkschaftspolitik gelten soll.

Verfehlte Spaltungsversuche

Im Interesse unserer Demokratie und des Ansehens der Gewerkschaften in ihr muß alles getan werden, um die Gefahr, die der Gewerkschaftseinheit droht, endgültig zu bannen. Daß der Spaltungsversuch einiger „christlicher“ Outsider seinerzeit ausgerechnet unmittelbar nach der Beurlaubung von Agartz unternommen wurde, verrät politische Verantwortungslosigkeit. Denn dadurch sollten — so hat es jedenfalls den Anschein — diejenigen linksgewerkschaftlichen Kreise auf den Plan gerufen werden, die in der Behandlung des Falls Agartz mehr ein innergewerkschaftliches Politikum als eine Frage des allgemeinen gewerkschaftlichen Ansehens erblickten. Von ihrer Aktion erhoffte man irrtümlicherweise eine Radikalisierung des linken Gewerkschaftsflügels. Man sollte jedoch nicht glauben, einer solchen Absicht dadurch entgegenzutreten zu können, daß man die innergewerkschaftlichen Meinungsverschiedenheiten über Wesen und Aufgaben der Gewerkschaften auf sich beruhen läßt. Auch im Interesse der Gewerkschaftseinheit müssen diese Meinungsverschiedenheiten ausgetragen und eine gemeinsame Auffassung von der Stellung der Gewerkschaften in unserer Sozialordnung und von ihren sozialreformerischen Absichten entwickelt werden. Diese Absichten müssen eine deutliche Absage auch an alle milderen titostischen Abwandlungen der kommunistischen Sozialordnung enthalten. Dazu gehört die Anerkennung des Sozialpartners als echten Kontrahenten in unserem demokratischen Gemeinwesen, dem man immer wieder guten Willen bis zum konkreten Gegenbeweis zutraut. Dazu gehört ein eindeutiges und kein zweideutiges Bekenntnis zu unserer parlamentarischen Demokratie, was eine kritische Auseinandersetzung mit ihr und einen daraus entstehenden Reformwillen nicht ausschließt. Man kann den Bolschewismus bei uns nicht mit einer nur negativen antikommunistischen Argumentation bekämpfen, und man kann unsere Demokratie nicht lebensfähig erhalten, ohne eine eigene klare, freiheitliche Auffassung von einer politischen und sozialen Ordnung zu haben, für deren Entwicklung schon in unseren heutigen westdeutschen Verhältnissen fruchtbare Ansatzpunkte gefunden werden können.

Die „kapitalistische Restauration“ und ihr Widerspiel

Die Kritiker im Lager der Unternehmerschaft haben allerdings kein Recht, von unseren Gewerkschaften die Überwindung ihres Unbehagens als etwas Selbstverständliches zu erwarten. Schließlich entspringt jenes Gefühl nicht bloß aus den marxistischen Restbeständen in den Köpfen mancher Gewerkschafter. Seine wesentliche Ursache liegt in jenen Erscheinungen der letzten Jahre, die man in marxistischer Sprache mit „kapitalistischer Restauration“ bezeichnet hat. Die Selbstverständlichkeit, mit der Unternehmergruppen die Wiederherstellung einer „totalen“ Marktwirtschaft und völlige Reprivatisierung forderten, mit der man das Wachstum des Sozialprodukts als alleiniges Ergebnis der unternehmerischen Leistung mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen über die Vermögensbildung und Vermögensverteilung anzusehen pflegte, die Unbedenklichkeit, mit der man vielfach die wirtschaftliche Machtposition für politische Ziele einsetzte, die Naivität, in der man sich gelegentlich anmaßte, durch eine „private“ Sozialpolitik die Ge-

werkschaften als Interessenvertretung der Arbeitnehmer überspielen zu können, all das hat die Opposition der Gewerkschaften auf den Plan gerufen.

Aber solche „restaurativen“ Erscheinungen zu erkennen und zu verurteilen, bedeutet noch lange nicht, auf sie nach marxistischem Muster mit bedingungslosem Klassenkampf reagieren zu müssen. Eine solche Reaktion würde vier entscheidende Gesichtspunkte außer acht lassen.

Erstens: Zu welchem guten oder schlechten Ende soll ein solcher uneingeschränkter Klassenkampf geführt werden? Zu einer „Diktatur des Proletariats“ oder irgendeinem System „totalitärer Demokratie“?

Zweitens: Kann man die Massen heute überhaupt für den Klassenkampf gewinnen? Und wenn ja: Kann man es, ohne ins kommunistische Lager abzugleiten?

Drittens: Jenes „restaurative“ Entstehen neuer Kapitalmachtballungen und ihre Verquickung mit der politischen Willensbildung kann ja nicht einfach als Ergebnis eines „bösen Streiches“ der „Kapitalisten“ und ihrer politischen Vordermänner angesehen werden. Es entspringt vielmehr einer antidirigistischen Grundstimmung unserer Zeit, von der die breiten Massen der Arbeitnehmer und Verbraucher genau so erfaßt sind wie die Unternehmer und regierenden Wirtschaftspolitiker. Es ist kaum anzunehmen, daß selbst eine sozialdemokratische Regierung an der Einkommensverteilung und Vermögensbildung der letzten zehn Jahre Wesentliches hätte ändern können, es sei denn, sie hätte zu Maßnahmen gegriffen, die sie mit ihren eigenen Wählermassen bald in Konflikt gebracht hätten.

Viertens: Die oben angeführten „restaurativen“ Meinungen und Haltungen sind keineswegs ein Kennzeichen für die gesamte Unternehmerschaft. Es gibt dort genau so viele, die die Mängel unserer sozialökonomischen Verhältnisse sehen und sie nach ernsthafter und sachlicher Diskussion zu ändern bereit sind, wie es Gewerkschafter gibt, die den Gedanken der Sozialpartnerschaft ernst nehmen möchten.

Richtpunkte eines Aktionsprogramms

Berücksichtigt man diese Gesichtspunkte, so könnte eine sinnvolle gewerkschaftliche Aktion stichwortartig folgendermaßen umschrieben werden:

1. Schaffung eines Reformprogramms, über das in der Gewerkschaftsführung einige Übereinstimmung besteht.
2. Dieses Programm muß realistisch die öffentliche Meinung berücksichtigen. Es muß schrittweise durchführbar und elastisch genug sein, um die schrittweise Überprüfung durch die praktische Erfahrung zu ermöglichen.
3. Klärung und Propagierung des Programms durch Diskussion in der inner- und außergewerkschaftlichen Öffentlichkeit.
4. Dabei ist die Diskussion mit dem Sozialpartner besonders wichtig, da bei den meisten Programmpunkten seine Mitwirkung erforderlich sein wird.
5. Anerkennung der letzten Entscheidung durch die staatlich-parlamentarische Instanz dort, wo eine gesetzliche Regelung erforderlich ist, jedoch energisches Hinwirken auf die Festlegung von Spielregeln in unserer Demokratie, die die Einflußmöglichkeiten auf die parlamentarische Willensbildung einigermaßen gleich verteilen (z. B. Parteifinanzierung).
6. Festlegung der gewerkschaftlichen Aufgaben, soweit das nicht im Programm selbst geschehen ist.
7. Straffe Koordinierung der Maßnahmen der einzelnen (Industrie-)Gewerkschaften und des DGB.

8. Ausschöpfung aller legitimen Möglichkeiten, das Ansehen der Gewerkschaften zu erhöhen: Einflußnahme auf die öffentliche Meinung und Werbung von Mitgliedern.

Die Beachtung dieser umfassenden, überwiegend formalen Richtpunkte würde die Gewerkschaften vor sehr schwierige und langwierige Aufgaben stellen. Aber nur so können sie den Ansatz zu einer echten Reform auf demokratischer Grundlage finden. Denn dazu gehört, daß die gegebene Sozialordnung als

Ausgangspunkt bejaht und damit für verteidigungswert gegen alle totalitären Angriffe angesehen wird und daß die Spielregeln, die der Macht- und Meinungskampf der Sozialpartner zu beachten hat, für die Umgestaltung der Sozialordnung selbst festgelegt werden. Damit würden sich auch leichter auf beiden Seiten diejenigen zusammenfinden, die mehr wollen als ihre persönliche Macht verankern, nämlich eine stabile, von totalitären Gefahren freie Sozialordnung zu schaffen bestrebt sind.

Zur Debatte steht: Sozialreform ist eine ethische Verpflichtung

Um die Notwendigkeit einer Sozialreform zu begründen, werden häufig zwei Argumente angeführt, die sicher besonders geeignet sein mögen, auch Skeptiker für diese Idee zu gewinnen: Einmal wird sie als schärfste Waffe gegen die Unterwanderung mit kommunistischen Ideen gepriesen, zum anderen als das geeignetste Stimulans zur Erhöhung der Produktivität verordnet. Beides können willkommene Auswirkungen sein, die Initiative dazu sollte aber tiefer gegründet sein. Eine Reform der gesamten sozialen Vorsorge muß der Idee der Menschlichkeit entspringen, die die tragende Säule unserer abendländischen Kultur ist.

Die große Konzeption der deutschen Sozialversicherung, die den wirtschaftlichen Verhältnissen um die Jahrhundertwende entsprach und mit Recht als vorbildlich anzusprechen war, wird den heutigen Verhältnissen nicht mehr gerecht. Sowohl die quantitative Zunahme der Verstädterung und der Industrialisierung als auch die qualitative Beanspruchung des Menschen haben unser Gesellschaftsbild von Grund auf geändert, und dieser Wandlung muß auch die Sozialordnung gerecht werden. Daß sie das heute nicht mehr wird, beweist die fliegende Angst vor der Zukunft, die uns heute alle verzehrt. Es ist die vornehmste Aufgabe des Staates zu aller Zeit gewesen, seine Mitglieder zu schützen und ihnen die Voraussetzung dafür zu geben, in Sicherheit ihre Kräfte zum Wohle der Gesamtheit zu entfalten.

Wenn wir das System der sozialen Vorsorge auf der sozialetischen Grundidee der modernen abendländischen Gesellschaftsordnung aufbauen, so sind damit wesentliche Richtlinien für die Sozialreform gegeben: Alle Mitglieder der Gesellschaft sollten nach Maßgabe ihrer wirtschaftlichen Kraft zu dem für die soziale Vorsorge erforderlichen Aufkommen beitragen, was durchaus nicht einen

allgemeinen nivellierten Leistungsanspruch aller Beitragenden zu begründen braucht. Das bedeutet, daß Versorgungs- und Versicherungsprinzip Hand in Hand gehen müssen, ohne daß eines von beiden einen Ausschließlichkeitsanspruch erheben darf. Um der Entscheidungsfreiheit des Leistungsempfängers einen größeren Spielraum einzuräumen, sollte man ernstlich daran denken, ob man nicht Methoden des privaten Versicherungssektors auch in das Gebiet der Sozialvorsorge übernehmen kann. Und schließlich wäre grundsätzlich zu erwägen, ob man nicht auch die privaten Versicherungsträger überhaupt in das System der gesamten Vorsorge für einen bestimmten

Aufgaben- oder Empfängerkreis einschalten sollte, was auf dem Wege einer obligatorischen Privatversicherung möglich wäre.

Gewiß kann das ganze soziale Vorsorgesystem nicht von heute auf morgen auf eine neue Grundlage gestellt werden. Im allgemeinen ist man der zutreffenden Meinung, daß der Ausbau der Altersversorgung zuerst in Angriff genommen werden muß. Man sollte daran aber nicht eher gehen, als man sich über die Konzeption des gesamten Reformwerkes schlüssig geworden ist. Eine schnelle Konzipierung des gesamten Reformwerkes ist dringend, und diese darf nicht zum Spielball parteipolitischer Zweckmäßigkeiten werden. (h)

Ersatz für das Exportförderungsgesetz?

Mit dem 31. 12. 1955 sind die Steuerbegünstigungen des Exportförderungsgesetzes ausgelaufen. Wären seine ertragsteuerlichen Begünstigungen lediglich ihrer Zweckbestimmung entsprechend zur Kapitalbildung benutzt worden, dann wäre die Beendigung weniger problematisch. Die Steuerersparnis wurde aber vielfach — nach der Enquête einer Handelskammer im süddeutschen Raum in 70 % aller untersuchten Fälle — zur Verbilligung der Ware benutzt. In diesen Fällen haben sich seit dem 1. 1. 1956 also die Grundlagen der Kalkulation geändert, und es mag nunmehr vorkommen, daß der Export zu gleichen Preisen wie bisher uninteressant, wenn nicht gar unmöglich wird. Im immer schärfer werdenden Wettbewerb aber wird es nur selten möglich sein, die Preise anzuheben.

Bereits in den letzten Monaten des vergangenen Jahres häuften sich daher die Anträge der Spitzenorganisationen der an der Ausfuhr interessierten Wirtschaft, mit denen eine Fortführung der steuerlichen Begünstigung in irgendeiner

Form angestrebt wird. Der umfassendste ist die Denkschrift, mit der die Arbeitsgemeinschaft Außenhandel der deutschen Wirtschaft im Oktober hervortrat. In ihr wird, ausgehend von der Feststellung, daß die Wettbewerbsgrundlagen der deutschen Außenwirtschaft schlechter seien als diejenigen in den Hauptkonkurrenzländern, ein ganzer Strauß von Steuererleichterungen sowohl für die Ein- als auch die Ausfuhr gefordert.

Untermauert wurden die Thesen dieser Denkschrift durch zwei Memoranden des Bremer Senators für Außenhandel, Helmken. In einem dieser Memoranden wird auf den noch nicht normalen (und daher weiter steigenden) Umfang der Einfuhr, die Verschlechterung der Terms of Trade, die konjunkturelle hohe Inlandsnachfrage, die Verschlechterung der Situation in den Überseegebieten, die zollpolitischen oder finanziellen Präferenzen unserer wichtigsten Konkurrenzländer u. a. m. hingewiesen und als Konsequenz die Forderung nach Beibehaltung der bisherigen Maßnahmen erhoben, da der Entwick-